

DIE LINKE.

in Niddatal

Rot-rote Koalition arbeitet mit engem Budget

Erstmals im Wetteraukreis wagen SPD und LINKE eine Koalition. Der finanzielle Spielraum ist eng.

SPD und LINKE konnten bei den Kommunalwahlen eine Stimmenmehrheit auf sich vereinen. Für uns LINKE stand damit die Entscheidung an: wollen wir eine Koalition mit der SPD oder wollen wir nur kooperieren? Wollen wir verantwortlich die Niddataler Politik gestalten oder Opposition sein?

Wir entschieden uns für die Koalition, um einen politi-

schen Wechsel in Niddatal zu ermöglichen. Unproblematisch ist das für uns nicht.

Was mussten wir akzeptieren?

Die Entscheidung für die Koalition erforderte, das gültige Haushaltssicherungskonzept zu akzeptieren. Es enthält einige heikle Punkte, die uns Linken nicht schmecken. Die Kommunalaufsicht

Fortsetzung Seite 2

Kita-Gebühren nach Einkommenshöhe staffeln

Kindertagesstätten sind Bildungseinrichtungen und sollten eigentlich kostenfrei sein. Solange das nicht der Fall ist und der Haushalt sogar von der Kommunalaufsicht diktiert wird, müssen die Gebühren so gestaffelt sein, dass sich alle Familien die Kita leisten können!

Lesen Sie weiter auf Seite 2

Juli 2016/Nr. 1

Informationen zur Politik der Linken in Niddatal und in der Wetterau finden Sie im Internet unter: www.die-linke-wetterau.de oder auch auf facebook: DIE LINKE Wetterau



Nach der Unterzeichnung des Koalitionsvertrags: Gruppenfoto vor dem alten Rathaus in Niddatal.

Fortsetzung von Seite 1

Rot-rote Koalition arbeitet mit engem Budget

hatte Niddatal zu diesem Konzept verpflichtet, weil damals kein ausgeglichener Haushalt vorgelegt wurde. Dieses Konzept gilt noch bis 2017. Es fordert zum Beispiel, dass 20 000 Euro mehr Kita-Gebühren eingenommen werden müssen. Unser Vorschlag ist, die Belastung mit gestaffelten Gebühren abzufedern.

Auch Straßenbeitragsgebühren sind zwingend vorgeschrieben. In Niddatal gilt bereits seit 2005 eine Beitragssatzung für Anlieger. Zwar konnten wir im Koalitionsvertrag unterbringen, dass Umschichtungen im Haushalt möglich sein müssen - Fakt bleibt, dass erhebliche Finanzmittel fehlen. Erst mit dem Haushalt 2018 gibt es wieder mehr Spielräume.

Was sind die Chancen?

Auch vor 2017 können andere Prioritäten gesetzt werden: Die Grüne Lunge in Assenheim bleibt erhalten. Da wird nicht gebaut. Das Bürgerhaus Ilbenstadt wird

nach und nach saniert, was uns besonders wichtig ist. Im derzeitigen Haushalt sind Gelder für den Neubau eines Dorfgemeinschaftshauses in Ilbenstadt eingestellt, diese werden für die Sanierung umgewidmet.

Etwa 657 000 Euro aus dem Kommunalen Investitionsprogramm des Bundes erhält Niddatal für die städtische Infrastruktur. Hiermit können energetische Maßnahmen in den Bürgerhäusern Assenheim, Kaichen und Ilbenstadt und im Kindergarten Bönstadt durchgeführt werden und die Sanierung von Kinderspielplätzen ist möglich.

DIE LINKE. wünschte sich auch eine Sanierung städtischer Wohnungen. Doch dafür reicht dieses Geld wohl leider nicht aus.

Ca. 245 000 Euro erhält Niddatal aus dem Hessischen Kommunalen Investitionsprogramm, was für Verwaltungshardware, Straßenreparaturen und den Brunnenplatz Bönstadt verwendet wird.

Fortsetzung von Seite 1

Gestaffelte Gebühren



Rolf Lamade:

„Mein Anliegen ist, dass Familien mit niedrigem Einkommen auch einen niedrigeren Anteil ihres Budgets für die Kita bezahlen müssen. Bisher kosten alle Kita-Plätze gleich viel. Das ist sozial unausgewogen. Wohlhabende Familien können einen höheren Beitrag verkraften, ohne dass ihr Lebensstandard beeinträchtigt wird. Einkommensschwache Familien dagegen müssen oft mit jedem Cent rechnen. Kita-Gebühren sollten daher nach dem Einkommen gestaffelt sein. In anderen Städten gibt es das bereits.“

Die Rampe in Assenheim kommt

Im Stadtteil Assenheim wird eine behindertengerechte Rampe gebaut. Sie soll am neuen Schulsteg die Niederwöllstädter Straße mit der Schönen Aussicht verbinden. So können zukünftig Menschen mit Behinderung aber auch Eltern mit Kinderwagen und Rentner/innen mit Rollator zu den Einkaufsmärkten und zum Schul- und Sportgelände gelangen.

In der Presse war zu lesen: „Straßen statt Rampe“. Das ist eine falsche Gegenüberstellung. Denn für die Rampe sind bereits Mittel in den Haushalt eingestellt.

Wir LINKE befürworten die Rampe.

Hinweis

Klicken Sie auf die Homepage der Stadt Niddatal. Dort startet demnächst das neue „Ratsinformationssystem“. Sie erhalten Informationen zu Abgeordneten, Sitzungen, Ausschüssen, Anträgen, Abstimmungen usw.



Sahra Wagenknecht sprach im Deutschlandfunk über den Brexit:

„Mir ist es vor allem wichtig, deutlich zu machen, dass es bei der Abstimmung eine ganz klare soziale Diskrepanz gab.

Es waren vor allem die Benachteiligten und Abgehängten, die für den Austritt aus der EU gestimmt haben. Am deutlichsten war das pro-Brexit-Ergebnis in Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit und großen sozialen Problemen. Gerade dort verbinden die Menschen zu Recht mit der EU eine Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen: mehr Lohnkonkurrenz, schlechtere Löhne und geringere soziale Leistungen.

Das bedeutet in der Konsequenz: Wenn Europa das Vertrauen der Menschen zurückgewinnen und eine Zukunft haben soll, dann braucht es einen sozialen Neustart!

Volksentscheid über CETA und TTIP

Die geplanten Handelsabkommen TTIP und CETA bedrohen rechtsstaatliche Prinzipien und demokratische Mitbestimmung. Trotzdem 3.284.289 Unterschriften gesammelt wurden und in Berlin rund 250.000 Menschen demonstrierten, lassen sich EU und Bundesregierung nicht beeindruckt. Wir fordern einen Volksentscheid über CETA und TTIP!

Jugendtreff



Wolfgang Bott:

„Mein Anliegen ist, dass ein Jugend-Treffpunkt entsteht und die Jugendlichen im Herbst/Winter nicht wieder im Freien stehen. Dem Wetteraukreis wurde das leerstehende frühere TTC Vereinsheim an der Gymnastikhalle vorgeschlagen. Doch wegen der ungewissen Flüchtlingslage lehnte der Kreis ab. Derzeit wird also der Leerstand verwaltet. Jugendarbeit ist kein Luxus! Junge Leute brauchen Räume, in denen sie sich selbstbestimmt und ohne Konsumzwang aufhalten können. Das bleibt eine dringende Aufgabe!“

DIE LINKE. im Kreistag

Kreistagsfraktion der Linken hat sich verdoppelt

Bisher gehörten zwei Abgeordnete der Linken dem Wetterauer Kreistag an. Bei den Kommunalwahlen konnte DIE LINKE. ihr Stimmergebnis verbessern und ihre Kreistagsmandate auf drei Abgeordnete erhöhen.

Jetzt ist noch Viktoria Klaus, die einzige gewählte Abgeordnete der Piratenpartei, dazugekommen. Sie schloss sich der linken Fraktion als „Hospitantin“ an. Das bedeutet, Linke und Piraten bilden eine Fraktionsgemeinschaft.



Die neue Kreistagsfraktion: Anja ElFechtali, Viktoria Klaus, Gabi Faulhaber und Rudi Kreich.